

BiwAK-Mitgliederversammlung

am 9. Dezember 2016, 18:00 bis 20:00 Uhr
im Bildungswerk Berlin, Sebastianstraße 21, 10179 Berlin

Protokoll der Mitgliederversammlung

1. Begrüßung und Organisatorisches

Signe Stein begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Mitgliederversammlung von BiwAK. Sie stellt fest, dass die Mitglieder in der von der Satzung vorgegebenen Frist die Einladung erhalten haben. Alle Unterlagen wurden auf der Website von BiwAK zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch wurden die Unterlagen auch zugeschickt. Von diesem Angebot wurde jedoch kein Gebrauch gemacht.

Aus der Mitgliedschaft wird angeregt, zukünftig einen Hinweis in die Einladung aufzunehmen, dass die Unterlagen bei der Mitgliederversammlung als Tischvorlage vorliegen.

2. Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 11.12.2015

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung stand allen Mitgliedern in den bereitgestellten Unterlagen auf der Website zur Verfügung. Änderungswünsche zum Protokoll bestehen nicht. Das Protokoll wird somit einstimmig bestätigt.

3. Bericht des Vorstandes

Jahresbericht, Bericht zum Programm 2016 und zur finanziellen Situation

Der Geschäftsführer Cornelius Bechtler wird gebeten einen Rückblick über das Veranstaltungsjahr 2016 zu geben und über die Auswirkungen der beiden Abmahnverfahren auf die Programmarbeit und die finanzielle Situation zu berichten.

Im ersten Halbjahr 2016 hebt Cornelius Bechtler das 3. Berliner Jugendhilfeforum und das BiwAK-Symposium aus dem Veranstaltungsprogramm hervor. Das Jugendhilfeforum befasste sich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der Integration der Geflüchteten im Bereich der Jugendhilfe. Hierzu waren Expertinnen und Experten aus Projekten eingeladen, die mit den Teilnehmenden diskutierten, was die unterschiedlichen Bereiche der Jugendhilfe für eine gelingende Integration beitragen könnten.

Mit dem BiwAK-Symposium beging der Verein sein 20-jähriges Jubiläum, dessen Gründung zwischen 1995 und 1996 stattfand. Prof. Bernd Käßlinger für Weiterbildung von der Universität Gießen analysierte aus wissenschaftlicher Sicht das Programmangebot der letzten 20 Jahre des Vereins und stellte dies in den zeitgeschichtlichen Kontext. Seine Schlussfolgerungen zu den Zielgruppen der Bildungsarbeit von BiwAK und eine angemessene Ansprache gaben Impulse für die weitere Arbeit. Das Merkmal der Bildungsarbeit von BiwAK, dass bei den Veranstaltungen sowohl Expertinnen und Experten als auch Laien ins Gespräch kämen, sieht Käßlinger als ein wichtiges Potential an. Er betonte u.a. das hohe innovative Potential von BiwAK, das eine große Vielfalt an Themen bearbeitet und gleichzeitig bemüht sei aktuelle und damit relevante kommunalpolitische Fragen aufzugreifen.

Eine Veranstaltung im ersten Programmhjahr zur ehrenamtlichen Tätigkeit für Geflüchtete musste abgesagt werden. Ursache war nicht das zu geringe Interesse an dem Veranstaltungsthema, sondern der Konflikt über die Teilnahmebeiträge. Wiederholt musste BiwAK erleben, dass Ehrenamtliche Teilnahmebeiträge für Veranstaltungen, die sich insbesondere an diese Zielgruppe richteten, als mangelnde Wertschätzung interpretierten. In diesem Fall fand die Auseinandersetzung über dieses Thema mit einer angefragten Referentin statt. Da dies die gesamte Veranstaltung zu beeinträchtigen drohte, wurde die Veranstaltung abgesagt.

Die Veranstaltung zu den sozialen Infrastrukturkonzepten (SIKo) war besonders auf die kommunalpolitischen Akteure in den Bezirken ausgerichtet. Unmittelbar wenige Tage nach dem Senatsbeschluss konnten wir die Voraussetzungen für das Programm des Berliner Senats zur Erarbeitung von sozialen Infrastrukturkonzepten vorstellen. Anhand der Erfahrungen der Bezirke Mitte und Pankow wurden die Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse von zwei Pilotbezirken vorgestellt.

Zwei Exkursionen - zur Domäne Dahlem und zu Siedlungen der 20er und 30er Jahre - und eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Bildungswerk Berlin sowie dem VCD zur Beteiligung an Vorhaben und Projekte zum Thema Verkehr und Mobilität rundeten das Programm ab. Ein Programmangebot zur Pressearbeit und mit einer neuen Schwerpunktsetzung bei der Arbeit mit sozialen Medien wurde gut angenommen.

Das zweite Halbjahr wurde finanziell sowie organisatorisch durch ein zweites, unberechtigtes Abmahnverfahren wegen der Urheberrechte eines Bildes auf der Website stark beeinträchtigt. Dies führte dazu, dass die Programmausgaben erheblich reduziert und das bereits weitgehend fertig gestellte Programmangebot überarbeitet werden musste. Der Programmflyer wurde zwar graphisch erstellt und zum Herunterladen auf der Website angeboten, auf die postalische Programmversendung musste jedoch aus Einspargründen verzichtet werden. Cornelius Bechtler verweist auf die umfassende Information, die am 04.11.2017 an die Mitglieder und die Interessierten aus dem Programmverteiler versendet wurde.

Insgesamt wurden fünf Veranstaltungen unter erschwerten finanziellen Bedingungen durchgeführt. Das geplante Rhetorik-Training wurde im Programmangebot nicht mehr vorgesehen.

Im zweiten Halbjahr stand nach der Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) das Programmangebot für die Bezirksverordneten im Vordergrund der Bildungsarbeit. Traditionell entwickeln wir zu Beginn der Wahlperiode ein Seminarangebot, das über die wichtigen rechtlichen Grundlagen durch das Bezirksverwaltungsgesetz für die Arbeit in den BVVen informiert und dabei einen Einblick gibt, wie die unterschiedlichen politischen Gremien des Bezirks zusammenarbeiten. Dabei thematisieren wir die unterschiedlichen Rollen und geben den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich auf ihre anstehende Tätigkeit in der BVV vorzubereiten.

Zu Beginn der Wahlperiode bieten wir darauf aufbauend eine Einführung in den Stadtentwicklungsausschuss und den Jugendhilfeausschuss an. Beide Ausschüsse erfordern besondere fachliche Kenntnisse, die wir in Grundlagen den Teilnehmenden in einem eintägigen Seminar vermitteln wollen. Abgerundet wird dieses Einführungsprogramm durch eine Einführung in den Bezirkshaushalt. Ziel dieses Angebots ist es, die Teilnehmenden zu befähigen, selbständig einen Haushaltsplan zu lesen und sich in die Bereiche ihrer politischen Tätigkeit schrittweise einzuarbeiten.

Aktuell zum Einzug der rechtspopulistischen AfD hatten wir eine Informationsveranstaltung in unser Programmangebot aufgenommen, bei dem wir uns mit den politischen Inhalten dieser Partei auseinandersetzten. Inputs aus wissenschaftlicher Sicht, aus der Sicht einer Organisation der Demokratiearbeit und die Erfahrungen aus dem Brandenburger Landtag sowie einer Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg gaben Impulse, wie sich die kommunalpolitisch Aktiven mit den Fraktionen der AfD politisch auseinandersetzen können.

Cornelius Bechtler verweist darauf, dass im ersten Quartal ein Rechenschaftsbericht für den Fördergeber erstellt werde. Ab Mai werde dieser Rechenschaftsbericht über die Bildungsarbeit auch auf der Website eingestellt werden.

4. Vorstellung und Diskussion des Programm-Entwurfs für das Jahr 2017

Programm-Entwurf wird auf der Mitgliederversammlung vorgestellt und diskutiert

Den Sitzungsunterlagen liegt ein Entwurf des Veranstaltungsprogramms für 2017 bei. Cornelius Bechtler stellt den Entwurf vor. Der Programm-Entwurf ist Anlage dieses Protokolls.

Cornelius Bechtler erläutert, dass sich der Vorstand und die Geschäftsführung bei den Programmthemen an den Bedürfnissen der kommunalpolitisch Aktiven orientieren wollen. Dabei werden Themen aufgegriffen, die sich aus dem aktuellen Koalitionsvertrag ergeben und die die Arbeit in den Bezirken beeinflussen werden. Ziel sei es, die bezirklichen Akteure frühzeitig zu informieren und dazu anzuregen, sich an der politischen Diskussion zu beteiligen und Einfluss zu nehmen.

Traditionell werde im Frühjahr und zwar im April wieder das Jugendhilfeforum stattfinden. Die Inhalte sollen bei einem Vorbereitungstreffen erarbeitet werden, zu dem Teilnehmende vorangegangener Jugendhilfeforen eingeladen werden.

Im ersten Halbjahr soll das Angebot weitergeführt werden, den neuen Ausschussmitgliedern in den Fachausschüssen eine Einführung in ihre neue Tätigkeit anzubieten. Dies soll thematisch mit einem aktuellen Thema verknüpft werden, um gleichzeitig Impulse für die Ausschussarbeit zu geben. Konzeptionell sei dies jedoch noch auszuarbeiten.

Weitreichende Entscheidungen auf Landesebene sind im Bereich der Schulinfrastruktur und beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur zu erwarten. Zu beiden Themen plant der Vorstand ein Veranstaltungsangebot. Für die anstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 soll es auch wieder ein Seminarangebot geben, das die kommunalpolitisch Aktiven gezielt bei ihrer Tätigkeit unterstützen soll.

Für das zweite Halbjahr seien folgende Themen bereits skizziert: „Wachsende Stadt“, „Neue Wege in der Stadterneuerung“ (möglicherweise am Beispiel des Dragoner Areals), „Ehrenamtliches Engagement in der Integrationsarbeit“, „Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“ und „Personalentwicklung in den Bezirksämtern“.

In der sich anschließenden Diskussion gab es folgende Anregungen zur Programmarbeit:

- Für das Jugendhilfeforum wurde empfohlen, sich mit dem geplanten Jugendförderungsgesetz zu beschäftigen, das in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen sei.
- In Bezug auf das geplante Seminar zur Personalentwicklung wurde auf die positiven Erfahrungen im Bezirk Neukölln hingewiesen. Neukölln sei besonders erfolgreich bei der Rekrutierung von Auszubildenden und Beschäftigten. Weiterhin habe der Bezirk im Ausbildungsangebot der Verwaltung die Möglichkeit eines dualen Studiums eingeführt.
- Für das Veranstaltungsangebot zur wachsenden Stadt wurde angeregt, die Möglichkeiten durch die Festsetzung des neuen Gebietstyps „Urbane Stadt“ zu erläutern. Im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt solle auch thematisiert werden, wie bezahlbares Wohnen gesichert werden könne, z.B. durch kooperative Baulandplanung. Ein weiteres Thema sei der Zielkonflikt zwischen Verdichtung und die Sicherung bzw. Ausweitung der Grünflächen in der Stadt. Weitere Anregungen legen nahe, über eine Veranstaltungsreihe nachzudenken, in der u.a. auch die Auswirkungen des städtischen Wachstums auf das Angebot an Gewerbeflächen und die Konkurrenzen zu neuen Wohnflächen thematisiert werden.
- Eine neue Anregung für das Programmangebot betrifft die Entscheidung der Koalitionsfraktionen, das Angebot von Ehrenamtskoodinatorinnen und Koordinatoren in den Flüchtlingsseinrichtungen auszubauen. An diesem Prozess soll die Landesfreiwilligenagentur beteiligt werden. Hierbei geht es u.a. um Fortbildungen, Qualifikationen und Vernetzungen.

- Zum Thema Beteiligung wird auf das geplante Internet-Angebot hingewiesen, das unter dem Label mein.berlin.de umfassend über Beteiligungsmöglichkeiten informieren soll.
- Eine weitere Anregung betrifft die Darstellung des Programms auf der Website: Das Programm könne durch Porträt-Bilder von Dozentinnen und Dozenten ergänzt werden.

5. Entwurf des Finanzplans für 2017 und Beschluss

Der Mitgliederversammlung liegt in den Unterlagen der Entwurf für einen Finanzplan für das Haushaltsjahr 2017 vor. Der Finanzplan ist Teil des Zuwendungsantrages für die Förderung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und bedarf laut Satzung der Zustimmung der Mitgliederversammlung.

Jörn Jensen als Finanzverantwortlicher stellt den Finanzplan vor. Die Zuwendungssumme für 2017 (43.390,- €) ist um 1.082,- € im Vergleich zu 2016 (44.472,- €) aufgrund des schlechteren Wahlergebnisses abgesenkt worden. Die hierdurch entstehende Deckungslücke soll durch Mehreinnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen geschlossen werden (siehe Ansatz Position 4). Weitere Einnahmen in Höhe von mindestens 2.200,- € seien durch Einnahmen aus Gerichtsprozessen zu erwarten (ungerechtfertigte Abmahnverfahren von Joachim Wolters und Uwe Steinbrich).

Die Personalausgaben sind auf Grundlage des Ansatzes von 2016 im Finanzplan vorgesehen. Jörn Jensen weist darauf hin, dass für die in 2017 anstehende Tarifierung keine Vorsorge getroffen werden konnte. Er berichtet, dass er im Namen des Vorstands ein Schreiben an den Fördergeber verfasst habe, in dem er auf die fehlenden Mittel für eine Tarifierung sowie für einen Ausgleich der Preissteigerungen hinweist.

Bei den Betriebsausgaben (insgesamt 4.090,00 €) seien Ansätze vorgesehen, die die Ausgaben auf ein Mindestmaß begrenzen. Hierbei sei die größte Ausgabenposition die Miete für den Büroarbeitsplatz in der Geschäftsstelle beim Bildungswerk Berlin in Höhe von 3.000,- €. Der Ansatz für die Geschäftsausstattung mit 250,- € lasse keine größeren Ersatzinvestitionen zu. Notwendige Mehrausgaben müssten ggf. im Haushaltsjahr durch Minderausgaben im Bereich der Veranstaltungskosten erwirtschaftet werden.

Bei den Veranstaltungsausgaben wurde eine Berechnungsgrundlage zugrunde gelegt, die durch die Geschäftsführung jeweils für die geplanten Veranstaltungen und die anstehenden Ausgaben näherungsweise ermittelt wurden. Jörn Jensen verweist auf eine Vorlage, die den anwesenden Mitglieder vorliegen und kurz erläutert werden.

Jörn Jensen betont anschließend, dass im Laufe des Haushaltsjahres die Einnahmesituation ermittelt und ggf. durch eine Anpassung des Finanzplanes bei den Ausgaben entsprechend reagiert werden müsse. Der Finanzplan erlaube die Finanzierung des Veranstaltungsprogramms und wieder die Erstellung von zwei Programmflyern für die Halbjahre sowie ihre postalische Versendung.

Rückfragen zum Finanzplan bestehen nicht. Signe Stein lässt über den vorliegenden Finanzplan für das Haushaltsjahr 2017 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:11, Nein: 0, Enthaltungen: 0

6. Bericht der Rechnungsprüfer über das Haushaltsjahr 2015

Der Mitgliederversammlung liegt ein schriftlicher Bericht der beiden Rechnungsprüfer Thomas Birk und Peter Ottenberg vor. Den Rechnungsprüfern war es aus Termingründen nicht möglich an der Versammlung teilzunehmen.

Der Finanzvorstand Jörn Jensen verliest den schriftlichen Bericht. Die beiden Rechnungsprüfer schlagen darin die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 vor.

Jörn Jensen berichtet, dass die beiden Rechnungsprüfer die Belege umfassend geprüft hätten und er als Schatzmeister und Cornelius Bechtler als Geschäftsführer für Fragen und Erläuterungen während der Prüfung zur Verfügung standen.

7. Beschluss über die Entlastung des Vorstandes

Signe Stein als Versammlungsleiterin lässt daraufhin über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2015 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12, Nein: 0, Enthaltungen: 0

8. Wahlen

Signe Stein führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt dar, dass turnusgemäß die Neuwahl des Vereinsvorstands und der beiden Rechnungsprüfer anstehe. Für diesen Tagesordnungspunkt übergibt sie die Tagungsleitung an Cornelius Bechtler.

8.1. Wahl des Vorstands

Cornelius Bechtler fragt die Versammlung, ob sie die Vorstandmitglieder in geheimer Abstimmung wählen will. Die anwesenden Mitglieder sprechen sich einheitlich für eine verbundene Einzelwahl in offener Abstimmung aus.

Cornelius fragt die Mitglieder, wer als Vorsitzende/Vorsitzender, als stellv. Vorsitzende/Vorsitzender, als Schatzmeister/Schatzmeisterin und als weitere Vorstandmitglieder kandidieren will.

Signe Stein erklärt, dass sie als Vorsitzende kandidieren wolle. Jana Borkamp kandidiert als stellv. Vorsitzende, Jörn Jensen bewirbt sich um das Amt des Schatzmeisters. Ulrike Herpich-Behrens, Elfi Jantzen, Jörn Oltmann, Anke Otto und Tonka Wojahn kandidieren als weitere Vorstandmitglieder.

Abstimmungsergebnis:

Signe Stein als Vorsitzende: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Jana Borkamp als stellv. Vorsitzende: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Jörn Jensen als Schatzmeister: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Ulrike Herpich-Behrens als weiteres Mitglied: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Elfi Jantzen als weiteres Mitglied: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Jörn Oltmann als weiteres Mitglied: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Anke Otto als weiteres Mitglied: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Tonka Wojahn als weiteres Mitglied: Ja: 12/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Signe Stein, Jana Borkamp, Jörn Jensen, Ulrike Herpich-Behrens, Elfi Jantzen, Jörn Oltmann, Anke Otto und Tonka Wojahn erklären jeweils auf Nachfrage, dass sie ihre Wahl annehmen.

Signe Stein ergreift das Wort und erklärt, dass der langjährige stellv. Vorsitzende Peter Masloch kurzfristig für die heutige Versammlung absagen musste. Er hatte nicht mehr für den Vorstand kandidiert. Sie würdigt seine langjährige Mitarbeit und betont, dass es sein Verdienst sei, besonders die Außenperspektive auf Berlin in die Programmarbeit eingebracht zu haben. Er habe u.a. die Idee entwickelt zu kommunalpolitischen Themen auch Exkursionsorte in Brandenburg aufzusuchen und somit einen ganzheitlichen Blick auf die Entwicklung von Berlin und der gesamten Metropolregion zu nehmen. Dabei spielten besonders ökologische Themen eine wichtige Rolle. Zudem habe er sich 2005 intensiv eingebracht, als es um die Überwindung der Krise ging und damit damals maßgeblich zum Fortbestand von BiwAK beigetragen.

Der Vorstand verabredet sich, mit Peter Masloch einen gemeinsamen Termin zu finden, um ihn zu verabschieden.

8.2. Wahl von zwei Rechnungsprüfer

Signe Stein übernimmt wieder die Sitzungsleitung. Sie berichtet, dass für die Wahl als Rechnungsprüfer zwei schriftliche Bewerbungen und zwar von Thomas Birk und Peter Ottenberg vorlägen. Weitere Bewerbungen aus der Versammlung gibt es nicht. Auf Wunsch der Mitglieder lässt sie offen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Thomas Birk als Rechnungsprüfer: Ja: 11/Nein: 0/Enthaltungen: 0

Peter Ottenberg als Rechnungsprüfer: Ja: 11/Nein: 0/Enthaltungen: 0

9. Anträge

Signe Stein führt in den Tagesordnungspunkt ein und kündigt an, dass drei Anträge auf Änderung der Satzung durch den Vorstand vorlägen. Zudem läge noch ein weiterer Antrag des Vorstandes vor. Alle vier Anträge wurden auf der Website zur Einsichtnahme bereitgestellt. Außerdem sind sie Teil der Sitzungsunterlagen. Niemand hat von dem Angebot des Vorstands Gebrauch gemacht und die Sitzungsunterlagen per Post angefordert.

9.1. Satzungsänderungsantrag 1/2016: „Fördermitgliedschaft“

Signe Stein bittet Cornelius Bechtler bzw. Jörn Jensen, die Anträge jeweils kurz zu erläutern. Sie verweist dabei auf die Begründung der Anträge.

Cornelius Bechtler führt aus, dass mit einer Fördermitgliedschaft Mitgliedern ermöglicht werden soll, einen höheren Beitrag als den für Mitglieder vorgesehenen Jahresbeitrag zu entrichten. Mit dem Angebot für eine Fördermitgliedschaft soll gezielt um Fördermitgliedschaften geworben und die Eigenmittel von BiwAK damit erhöht werden. Hierzu sei es notwendig, den § 4 Absatz 1 der Satzung zu ändern und die Fördermitgliedschaft als neue Form der Mitgliedschaft zu erwähnen. In diesem Absatz sehe der Änderungsantrag zudem vor, dass die Satzungsregelung klarstelle, dass auch die Beantragung einer Mitgliedschaft über das Formular auf der Website ein Weg sei, die Mitgliedschaft regulär zu beantragen. Im § 9 Absatz 1 der Satzung sei zudem ein Satz angefügt, der weiterhin klarstelle, dass für die Fördermitgliedschaft ein Mindestbeitrag vorgesehen sei. Dieser solle nach Intention dieses Antrags durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung festgelegt werden.

Signe Stein lässt über den Satzungsänderungsantrag 1/2016 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0

9.2. Satzungsänderungsantrag 2/2016: „Vermögensbindung bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke“

Jörn Jensen nimmt zu diesem Satzungsänderungsantrag Stellung. Dieser Antrag wurde durch das Finanzamt angeregt. Diese habe BiwAK in dem letzten Freistellungsbescheid darauf hingewiesen, dass die entsprechende Regelung zur Gemeinnützigkeit in § 3 Absatz 3 in der Satzung von BiwAK durch eine Klarstellung an die geänderte Rechtslage anzupassen sei.

Dabei habe das Finanzamt zwei Regelungen vorgeschlagen. Der Vorstand schlägt vor, in der Satzung festzulegen, dass im Falle der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke von der Mitgliedschaft durch einen Beschluss eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zu benennen sei, die diese Mittel für die Vermittlung kommunalpolitischer Bildung einsetzen dürfe.

Signe Stein lässt über den Satzungsänderungsantrag 2/2016 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0

9.3. Satzungsänderungsantrag 3/2016: „Einladung zur Mitgliederversammlung“

Cornelius Bechtler erklärt, dass mit dieser Änderung dem Vorstand ermöglicht werden soll, Einladungen an die Mitglieder auch in elektronischer Form - z.B. in Form einer E-Mail - zu versenden. Hierdurch wird dem Verein ermöglicht Portokosten einzusparen und diese für die Bildungsarbeit einzusetzen. Signe Stein ergänzt, dass die Versendung der Einladung per Post weiterhin vorgesehen sei. Der Vorstand stelle sich vor, dass die Mitglieder jeweils angeben sollen, ob sie die Einladung in Papierform oder per E-Mail wüssten.

Signe Stein lässt über den Satzungsänderungsantrag 3/2016 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0

9.4. Antrag 4/2016: „Sonderbeiträge für eine Fördermitgliedschaft“

Cornelius Bechtler erläutert den Antrag. Der Antrag werde notwendig, da die Mitgliederversammlung mit dem Beschluss zur Änderung der Satzung 1/2016 eine Fördermitgliedschaft neu eingeführt werde. Die Satzung sähe nun vor, dass die Mitgliedschaft über einen Mindestbeitrag für die Fördermitgliedschaft beschließe. Der Antrag sehe einen Mindestbeitrag von 50,- € vor.

Jörn Oltmann schlägt vor, dass der Mindestbeitrag auf 70,- € erhöht werde. Der Vorstand als Einreicher übernimmt den Vorschlag.

Signe Stein lässt über den so geänderten Antrag 4/2016 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0

10. Sonstiges

entfällt

Anschließend fand nach der Mitgliederversammlung der gemeinsame Jahresabschluss im Restaurant "Tapas y más" statt.

Berlin, den

Signe Stein (Versammlungsleiterin)

Weiteres Vorstandsmitglied

Cornelius Bechtler (Protokollführer)

Anlage: Erster Programmentwurf

1. Halbjahr 2017

VA1: Einführung in den Sozialausschuss

Samstag, den 1. April 2017

- Zu Beginn eine Überblick über die Themen im Sozialausschuss und die Arbeit des Sozialamtes
- Anhand von Schwerpunktthemen soll die Arbeit des Ausschusses bzw. die Tätigkeit des Amtes dargestellt und diskutiert werden. Dabei wird die Frage gestellt, welchen Einfluss die BVV hierbei hat.
- Es sind zwei Fallbeispiele in der Überlegung:
Welcher Handlungsbedarf entsteht durch die unterschiedlichen Armutsberichte und welche Aktivitäten lassen sich hierdurch auf Bezirksebene ableiten?
Betrugsfälle in der ambulanten Pflege

Wichtig für die Konzipierung der Veranstaltung ist die Frage, welchen Einfluss die BVV in diesem Bereich haben kann. Anknüpfungspunkt könnte der Betrug durch einzelne Pflegedienste sein, an deren Aufdeckung maßgeblich Stephan von Dassel beteiligt war. Allerdings wird er für diesen Bereich nicht mehr verantwortlich sein. Ein weiterer Anknüpfungspunkt könnte der Armutsbericht sein und welche Folgen dies für die Arbeit dieser Abteilung haben kann.

VA2: Einführung in den Bereich Tiefbau- und Grünflächen

Da bei den Veranstaltungen auch das Thema Radverkehr aufgegriffen wird, sollte die Veranstaltung in die Arbeit des Straßen- und Grünflächenamtes den Themenschwerpunkt bei der Unterhaltung der Grünflächen setzen. Als Fallbeispiel könnte die Situation im Görlitzer Park und die unterschiedlichen Lösungswege thematisiert werden.

VA3: Auswirkungen des Wachstums auf die Schulen

Eine Veranstaltung, die auch den Neuen im Schul- und Sportausschuss Unterstützung bei der neuen Tätigkeit gibt, sollte sich thematisch mit dem Vorhaben auseinandersetzen, wie die Zuständigkeit für die Schulgebäude an eine Bezirke-BIM übertragen werden kann. Dabei sollte diskutiert werden, was dies über die bauliche Anpassung für die Qualität des Schulbetriebs und konkret für die Bewältigung der Zunahme an Schülerinnen und Schülern bedeuten kann. Hierbei ist die Vereinbarung in der Koalitionsvereinbarung zu betrachten

VA4: 4. Jugendhilfeforum Berlin

Terminvorschlag: 22. April 2017

Hierzu ist im Januar ein Vorbereitungstreffen mit Aktiven aus der Jugendhilfe geplant.

VA5: Vorbereitungsseminar auf die Haushaltsberatungen

In diesem Seminar sollte auf die Haushaltsberatung im Finanzausschuss und den Fachausschüssen vorbereitet werden. Daher sollten die Haushaltsinstrumente vorgestellt und eine Einführung in die KLR gegeben werden.

VA6: Moderne Fahrradinfrastruktur

Die Veranstaltung sollte das Bürgerbegehren der Initiative Radentscheid aufgreifen. Hier geht es u.a. um sichere Radstreifen, Radschnellwege, Infrastruktur für E-Bikes und Fahrradstraßen. Es gilt es zu schauen, was konkret aus der Koalitionsvereinbarung folgt, u.a. an finanziellen Programmen und für ein Radverkehrsgesetz.

VA 7: Exkursion - Welche Zukunft hat die VHS in Berlin?

Für den Bereich „Kultur und Weiterbildung“ könnte als Einführung der Besuch einer VHS unterstützend sein. Vor Ort könnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Angebote und die Arbeit einer VHS erkundigen. Dabei sollte diskutiert werden, was die VHS zum lebenslangen Lernen beitragen kann. Hier ist zu klären, welche VHS in Berlin sich beispielhaft vorstellen könnte und ggf. auch als Modell für andere Bezirke gelten kann. Eine erste Recherche folgt zur City-VHS im Bezirk Mitte bzw. Friedrichshain-Kreuzberg. Cornelius wird Kontakt mit Sabine Weißler aufnehmen.

2. Halbjahr 2017

VA8: Wachsende Stadt

Hier wünscht sich der Vorstand, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erläutert wird, wie unterschiedliche Planungsinstrumente zum Einsatz kommen können. Thematisch geht es dabei zudem um städtebauliche Leitbilder, die Frage der baulichen Dichte und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Eine weitere Frage ist, welchen Einfluss das Umwelt- und Naturschutzamt auf bauliche Planungen nehmen kann.

VA9: Dragoner Areal als Beispiel für neue Wege in der Stadtentwicklung

Mittlerweile kommt Bewegung in das Gebiet rund um das Dragoner Areal. Das Gebiet könnte ein Beispiel sein für eine gute Beteiligung und einen sozialen und ökologischen Anspruch in der Stadtentwicklung. Hinweis aus dem Vorstand, diese Veranstaltung dafür zu nutzen, um Interessierte über das Instrument des Sanierungsgebiets zu informieren.

VA10: Flüchtlinge und ehrenamtliche Hilfe

Im kommenden Jahr wollen wir das Thema Geflüchtete und ehrenamtliche Hilfe aufgreifen. Für die Diskussion wichtig ist auch hier, ob in der Koalitionsvereinbarung Maßnahmen vorgesehen sind, die das Ehrenamt gezielt unterstützen. Wir hatten in diesem Jahr eine Veranstaltung vorgesehen, die jedoch abgesagt wurde.

VA11: Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Das Modell in der Stadt Potsdam für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern könnte für die Diskussion aktuell in der wachsenden Stadt neue Wege und Formen aufzeigen. Einzelne Bezirke diskutieren bereits über Leitlinien für Beteiligung.

VA12: Personalentwicklung in den Bezirksämtern

Im Ergebnis der Diskussion ist sich der Vorstand einig, dass das Thema durch den demographischen Wandel erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Fragen des Wissensmanagements, der Personalrekrutierung und der Kompetenzentwicklung werden zunehmend konzeptionelle Überlegungen und konkrete Maßnahmen in den Bezirksverwaltungen erfordern. Ein Anknüpfungspunkt könnte die Situation in den Bürgerämtern sein. Bei den Jugendämtern ergibt sich in den Unterhaltsvorschussstellen eine immense Herausforderung durch die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 1. Januar 2017.

Weitere Veranstaltungsthemen

VA: Zuweisungssystem der Bezirke

Unter einer rot-rot-grünen Koalition könnte das Zuweisungssystem neu diskutiert werden. Hier wollen wir schauen, inwieweit die Koalitionsvereinbarung Impulse für eine erneute Diskussion gibt.

VA: Weiterer Erfahrungsaustausch zur AfD

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der Wunsch geäußert, dass BiwAK weiterhin Angebote zur Auseinandersetzung mit der AfD macht. Sinnvoll ist eine entsprechende Veranstaltung aber erst im 2. Halbjahr 2017.